

Übersetzungsauftrag: Bitte übersetzen Sie den folgenden Text ins Griechische. Er soll in der Online Ausgabe der griechischen Zeitung „Eleftherotypia“ veröffentlicht werden.

Sollen Migranten bei der Stellenvergabe bevorzugt werden?

Die Spitzenkandidaten von SPD, CDU, Linkspartei/PDS, Bündnis 90/Grüne und FDP beziehen Stellung zur Frage, ob Migranten bei der Stellenvergabe bevorzugt werden sollen.

SPD: Klaus Wowereit

Nein, wir wollen keinen bevorzugen, aber wir wollen die immer noch bestehende Benachteiligung von Migrantinnen und Migranten auf dem Arbeitsmarkt und bei der Bildung bekämpfen. Die gelungene Integration auf dem Arbeitsmarkt und die Schaffung gleicher Bildungschancen sind wichtige Grundlagen für die gesellschaftliche Integration. Dabei legen wir ein besonderes Gewicht auf eine enge Kooperation mit der Wirtschaft, die Verzahnung mit bezirklichen Initiativen, die Einführung praxisorientierter Ausbildungsgänge sowie die konsequente Sprachförderung, die schon in der Kita beginnt.

CDU: Friedbert Pflüger

Ich bin gegen eine Quotenregelung, die nur nach einem bestimmten Prozentsatz und nicht nach den Kompetenzen des Bewerbers unterscheiden würde. Wir setzen auf die verbesserte Qualifizierung der hier lebenden Migranten. Öffentliche Einrichtungen sollen daher vermehrt Stellen ausschreiben, die Bewerberinnen und Bewerber nicht-deutscher Herkunft ansprechen. Insbesondere in der öffentlichen Verwaltung, bei der Polizei und in den Bildungseinrichtungen ist es sehr wünschenswert, offene Stellen durch qualifizierte Bewerber mit Migrationshintergrund zu besetzen.

DIE LINKE/PDS: Harald Wolf

Grundsätzlich halte ich es für richtig und notwendig, den Anteil von Beschäftigten mit Migrationshintergrund zum Beispiel im öffentlichen Dienst zu erhöhen. Schließlich erfüllen sie nicht nur eine Vorbildfunktion für andere, sie stärken auch die interkulturelle Kompetenz der Verwaltung, zum Vorteil aller Bürgerinnen und Bürger unabhängig von ihrer Herkunft. Wir haben für das neue Integrationskonzept gekämpft. Dadurch bietet der Berliner Senat nun entsprechende Qualifizierungen und Ausbildungen an, damit Migrantinnen und Migranten bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt bekommen.

BÜNDNIS 90/GRÜNE: Franziska Eichstädt-Bohlig

Berlin hat 25 Prozent Menschen mit Migrationshintergrund, die möchte ich in Zukunft angemessen im Arbeitsmarkt vertreten sehen. Unsere Stadt braucht eine interkulturelle Öffnung des Arbeitsmarktes, gerade in der öffentlichen Verwaltung, aber auch bei Kitas, Schulen, Polizei und Jobcentern. Beruflich integrierte Migrantinnen und Migranten können so Vorbilder und Brückenbauer sein, können anderen Menschen mit Migrationshintergrund Perspektiven aufzeigen und den Integrationsprozess erleichtern. Im Bildungsbereich können so auch früher Sprachprobleme erkannt und Kinder gefördert werden.

FDP: Martin Lindner

Ich befürworte ausdrücklich die Einstellung von Menschen mit Migrationshintergrund im Berliner öffentlichen Dienst. Das stärkt die interkulturelle Kompetenz. Gerade für die Arbeit der Polizei, der Feuerwehr, aber auch in vielen anderen Bereichen in der Stadt halte ich einen höheren Anteil von Migranten für sehr wertvoll. Dazu brauchen wir aber meines Erachtens keine feste Quote, sondern mehr gezielte Informationen über die Berufsmöglichkeiten schon an den Schulen und anderswo in der Öffentlichkeit. Außerdem können auch spezielle Kurse helfen, auf Einstellungstests vorzubereiten.